Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditoren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Ledysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Wochenblatt „U.M.", die sonntägl. Montags-Ausgabe „Religion", die „Technische Rundschau", das Sonntagsblatt „Deutscher Reichsadler" und die „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate 4 Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 155. Berlin, Sonnabend, den 25. März 1899. XXVIII. Jahrgang.

Tschechen, Graf Thun und der Dreibund.

(Von unserem Korrespondenten.)

✝ **Wien**, 23. März.

Die Treibereien der Tschechen gegen den Dreibund haben seiter Zeit wieder in unheimlicher Weise um sich gegriffen. Datiren aus alter Zeit, und ganz hat die Hetze der Tschechen gegen das deutsche Bündniß Oesterreichs eigentlich nie aufgehört, seitdem dieses Bündniß besteht. Die Tschechen haben ja aus ihren Gesinnungen gegen das Verbündete deutsche Reich so wenig Hehl gemacht, daß sie sich scheut die Delegation zum Schauplatze ihrer Angriffe gegen den Dreibund erkoren, vielleicht in der wohlberechneten Hoffnung, die Bedeutung dieser Angriffe, wenn es schon durch Donnerkeile Kraft nicht möglich war, so doch wenigstens durch die Gesellschaft, in der sie laut wurden, zu erhöhen. Ueber die neueren Angriffe der Tschechen in den letzten Monaten brachte weder die amtliche noch die Berliner Presse erschöpfende Berichte. Spurlos gingen diese Ausfälle aber, namentlich in Berlin, nicht vorüber. Die letzten Tage erschien in der offiziösen „Post" (Berlin) aus diesem Anlasse ein geharnischter Artikel, der hier großes Aufsehen erregte. Sogar die Regierung hat sich bemüßigt, im Hinblick auf diesen Artikel ihre gewohnte Zurückhaltung aufzugeben, und gestern erschien in der „Wiener Abendpost" ein langathmiges Kommuniqué, das in Form einer Beschwichtigung versucht. Bevor ich mir erlaube, das Kommuniqué näher zu treten, möchte ich doch vorher die Angriffe kennzeichnen, die seitens der Tschechen beliebt haben, und welche in dem Artikel des Berliner Blattes nur kaum berührt erscheinen.

Den Reigen dieser Angriffe eröffnete, wie bekannt, der ehemalige Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Kramarcz, durch seine Artikel in Pariser und anderen Preßorganen. Diese Artikel wurden in der gesammten tschechischen Presse gebührend zurückgewiesen. Mit Rücksicht darauf, daß Herr Kramarcz noch gegenwärtig der Führer des Jungtschechenklubs ist, und die Bedeutung von Artikeln, welche den Dreibund als „überspieltes Luxusklavier" nannten, nicht gering werden. Diesen Angriffen folgten andere, weniger offenherzige Angriffe, die sich sogar unqualifizierte Verdächtigungen des deutschen Botschafters am Wiener Hofe, Grafen Eulenburg, gestatteten. Der Wiener Korrespondent der „Narodni Listy", eines Organs des Jungtschechenklubs, erzählte von förmlichen „Verschwörungen", die in Wien gegen die Tschechen im Werke sollten, vor allem bei den „Bierabenden des deutschen Botschafters", dann bei „noch weit ernsteren Tarokpartien intimen Charakters", welchen der deutsche Botschafter manchmal zugezogen werde, und sich „in den Salons zweier finanziellen Gentilshommes", von denen der eine ein alter Junggeselle sei, der vielleicht gar nicht wisse, welche Intriguen in seinem Heim gesponnen würden. Bei diesen gemüthlichen Zusammenkünften, so fabulirte der Korrespondent weiter, werde der Sturze des Grafen Thun gearbeitet. Man mache Graf Thun müsse sich zum Heile Oesterreichs opfern und zurücktreten, wie es Baron Banffy im Interesse des Landes in Ungarn gethan. Die „Verschwörer" hätten sich schon so ziemlich über die Person des Nachfolgers geeinigt, den Graf Thun erhalten soll, es werde entweder der Fürst Graf Clary-Aldringen oder der verfassungstreue Fürst Karl Auersperg sein.

Gleichzeitig mit diesen „Enthüllungen" erschienen heftige Angriffen gegen den Dreibund in der „Ceska Revue", dem Organ, vielleicht dem bedeutendsten, des tschechischen Klubs. War der Verfasser des „Verschwörers" der Wiener Korrespondent der „Narodni Listy", Nyba, so rührten die Ausführungen in der „Ceska Revue" von einem anderen Korrespondenten dieses Blattes, Josef Penicek, her. Der Artikel dieses Herrn führte aus, die deutsch-österreichische Freundschaft erkalte zusehends, während die tschechisch-österreichische einen immer kräftigeren Pulsschlag zeige. Schuld daran seien die Ausweisungen Deutscher, welchen arme Tschechen und Polen zum Opfer fallen als Entgelt für die vorgeblichen Gewaltthaten, die in Böhmen an den Deutschen verübt werden. Ausweisungen würden mit einer Rohheit betrieben, die nicht der verkommensten Kannibalen, nicht aber einer Kulturnation würdig sei. Rühmend erwähnt der Artikel, wie sich die Dänen für solche Ausweisungen rächten durch den Boykott deutscher Waaren und deutscher Arbeiten, so daß der ganze Export Deutschlands nach Dänemark nichts gemacht erscheine. „Das thut weh," sagt der Schreiber; „freilich ist man in Kopenhagen nicht so — gegen, von dem stärkeren Nachbar alles hinzunehmen." Zum Schluß richtete der Korrespondent an den Minister des Aeußern, Grafen Goluchowski, drei Fragen des folgenden Inhalts:

1. Ist es wahr, daß nur durch das Eingreifen des Grafen Goluchowski die Ausweisung mehrerer preußischen Aufwiegler verhindert, wozu man bereits alle Vorbereitungen getroffen und verhindert wurde?

2. Ist es wahr, „was in Wien öffentliches Geheimniß" sei, daß der deutsche Botschafter Graf Eulenburg in der Aera Thun die nämliche Rolle spielen wolle, die sein Vorgänger Prinz Reuß in der Aera Taaffe gespielt? Ist es wahr, daß er mit der deutschen Opposition intime Beziehungen unterhalte, sich in die innere Politik Oesterreichs einmische und seinen Einfluß in den höchsten Sphären zur Geltung bringen wolle?

3. Ist es dem Minister des Auswärtigen bekannt, daß Kaiser Wilhelm mit dem Sultan einen Vertrag abgeschlossen habe, analog jenem deutsch-russischen Abkommen, das gleichzeitig mit dem deutsch-österreichischen Bündnisse bestand, und welches nur aus dem Grunde nicht verlängert wurde, weil Rußland dies nicht thun wollte?

Eine tschechische Ablagerung bildete auch eine Art Bericht über eine vorgebliche Unterredung mit einem „österreichischen Staatsmanne", welcher Bericht zuerst im „Mémorial Diplomatique", dann im Pariser „Evénement" erschien, und der in dem Ausspruche gipfelte, der Dreibund werde sein Dasein im Dunkel, vom Wenigen beklagt, beschließen, nachdem er in Summa mehr leeren Lärm als wirklichen Nutzen verursachte. Das übermüthige Pochen auf die slavische Mehrheit in Oesterreich, welche die großen Bataillone habe, und der sich auch Ungarn beugen müsse, weist zur Genüge auf die Herkunft des Aufsatzes hin.

Auf alle diese Auslassungen und auf einen Ausspruch des Dr. Engel, des Obmanns des Jungtschechenklubs, in einer Volksversammlung, wonach der Dreibund ein Hinderniß für die Verwirklichung des tschechischen Staatsrechts bilde, spielt das Berliner Blatt an in seinem Artikel, welcher mit der Bemerkung schließt, daß ein tschechischen Tendenzen folgendes Oesterreich kein geeigneter Bundesgenosse für das deutsche Reich sein könne.

Auf diesen Artikel erschien nun das gestrige, bereits erwähnte Kommuniqué der österreichischen Regierung in der „Wiener Abendpost". Es ist in dem traurig gewundenen Stile aller ähnlichen Auslassungen des Kabinets Thun gehalten, einem Stile, der stets den Verdacht der Unaufrichtigkeit und Hinterhältigkeit rege macht. Das Kommuniqué verwahrt sich dagegen, daß man die Preßorgane und die Journalisten, welche die Angriffe auf den Dreibund und den deutschen Botschafter verübt, zu den „Offiziösen" rechne. Das Berliner Blatt hätte Recht, zu schreiben, wie es thue, wenn die Angriffe „wirklich von ernster Seite ausgegangen wären." Aber, die wirklich richtunggebenden und leitenden Elemente unter den tschechischen Politikern denken nicht im Entferntesten daran, den Bestand des mitteleuropäischen Friedensbundes, dieses wahren Hortes der Ruhe und Ordnung, in Frage zu stellen. Der Artikel schließt mit einer Fülle von Komplimenten für den Botschafter Grafen Eulenburg, der sich hier persönlich und amtlich von vollem Vertrauen umgeben sehe und auch gesellschaftlich so heimisch sich fühle, „daß er jene Susceptibilitäten, von welchen der Artikel des Berliner Blattes Zeugniß giebt, „selbst kaum empfinden dürfte."

Es ist ein Beschwichtigungsartikel ziemlich oberflächlicher Art, lediglich auf eine gewisse Fernwirkung berechnet. Keine der Behauptungen, die das Kommuniqué enthält, kann einer ernsten Prüfung Stand halten. Sie sind sammt und sonders falsch.

Das Kommuniqué behauptet, die Angriffe seien von keiner wirklich ernsten Seite ausgegangen, die wirklich Richtung gebenden und leitenden Elemente unter den tschechischen Politikern dächten nicht im Entferntesten daran, an dem Dreibund zu rütteln. Wer aber sind die wirklich Richtung gebenden und leitenden Elemente unter den tschechischen Politikern, wenn nicht Dr. Kramarcz und Dr. Engel, die Führer des Jungtschechenklubs, welchem der Letztere sogar als Obmann vorsteht? Hat die Regierung nach Anderen zu fragen? Sind Andere im Reichsrathe vertreten? Können Andere einen Einfluß auf das Kabinet ausüben, welches ein „Kabinet der Mehrheit" sein will?

Ebenso unrichtig ist es, daß die Herren Nyba und Penicek, die Korrespondenten der „Narodni Listy" und der „Ceska Revue", keine Offiziösen seien. Die beiden Herren besuchen nicht nur täglich das Preßbüreau im Ministerpräsidium, sie können diesem Preßbüreau sogar manchmal recht interessante Mittheilungen machen, denn sie stehen, namentlich Herr Penicek, in direkter Verbindung mit dem Landsmannminister Dr. Kaizl, von dem sie täglich Informationen empfangen, und der sie sogar vertraulicher telephonischer Unterhaltungen würdigt, in direkter Verbindung mit dem Grafen Thun, der Herrn Penicek ab und zu rufen läßt, wohl nicht zum Zeitvertreib, in direkter Verbindung mit den Ministern di Pauli und Dr. Ruber. Herr Nyba ist so sehr Vertrauensmann, daß er sogar der letzten geheimen Sitzung des Jungtschechenklubs beiwohnen durfte, in welcher Finanzminister Dr. Kaizl seinen Landsleuten durch mehr als drei Stunden Rede stand, ihnen die intimsten Mittheilungen machte und die Versicherung gab, daß ohne ihre Zustimmung in Oesterreich nichts geschehen werde. Herr Penicek aber gehört zu jenen wenigen Journalisten, welche das Kabinet Thun einer besonderen Auszeichnung würdig hielt, er erhielt vor wenigen Monaten den Titel eines kaiserlichen Raths verliehen.

Fern liegt mir, zu behaupten, daß das Kabinet Thun die schmählichen Angriffe der tschechischen Blätter gegen den Dreibund und den deutschen Botschafter veranlaßt habe. Aber Offiziöse sind die Herren doch, ebenso wie die Wortführer gegen den Dreibund, Dr. Kramarcz und Dr. Engel, die Hauptstützen der Regierung sind. Daß sich das Kabinet Thun der auswärtigen Velleitäten der Jungtschechen gern erwehren möchte, scheint mir zweifellos, stehen sie ja doch in direktem Widerspruche mit der auswärtigen Politik der Monarchie, der sich auch die österreichische Regierung unterordnen muß. Eine andere Frage ist es, ob sich das Ministerium der Forderungen seiner Getreuen auch immer wird erwehren können? Daß es dies nicht unter allen Umständen vermag, hat die bekannte Interpellationsbeantwortung des Grafen Thun in der Angelegenheit der preußischen Ausweisungen erwiesen.

Das Kommuniqué der „Wiener Abendpost" ist nach alledem eine ganz werthlose Regierungskundgebung. Nicht durch Vertuschungen und Verleugnungen hätte es zu beschwichtigen suchen sollen. Eine ernste, scharfe Verwarnung an die Jungtschechen hätte es enthalten müssen, um alle Freunde des Dreibundes, welche diesen Grundpfeiler unserer Politik bedroht und angegriffen sehen, wirklich zu beruhigen. Einen anderen Weg dazu giebt es nicht. Aber kann die Regierung eine solche Maßregelung der Jungtschechen wagen?

Das beste Vertrauen finden die Freunde des Dreibundes in Oesterreich in der Erkenntniß, das Bündniß mit Deutschland sei viel zu fest begründet, als daß es durch die Jungtschechen und eine ihren Einfluß duldende Regierung erschüttert werden könnte. Wünschenswerth wäre es allerdings, daß durchweg Freunde des Bündnisses, und nicht auch Feinde desselben, zu seinen Hütern berufen seien.

---

* Das **Herrenhaus** hat nun gestern gleichfalls seine Pforten geschlossen, nachdem es den Rest des Etats in etwa anderthalbstündiger Sitzung erledigt hatte. Zu eigentlichen Debatten kam es nicht mehr, sondern die Berathung bestand aus Zwiegesprächen einzelner Mitglieder des Hauses mit den betreffenden Ressortsvertretern. Hervorzuheben ist aus den Antworten der Letzteren, daß Minister Thielen eine Vereinfachung des ganzen Fahrkartensystems in Aussicht stellte, daß er beim Bauetat etwas geheimnißvoll die Ausführung sehr erheblicher Staatsbauten für die nächsten zehn Jahre ankündigte, und daß die Vollendung des neuen Herrenhauses für das Jahr 1901 erwartet wird. Die Mitglieder v. Tzschammer und Graf Mirbach benutzten auch diese Gelegenheit, um über die Leutenoth zu klagen, mußten sich aber erklären lassen, daß die Bestrebungen der Verwaltung, durch Heranziehung fremder Arbeiter die Erntezeit möglichst zu berücksichtigen, dadurch vereitelt würden, daß diesen Arbeitern in den betreffenden Gemeinden die Unterkunft verweigert wird. Beim Kultusetat dankte Freiherr v. Solemacher-Antweiler Namens der Katholiken dem Kaiser für die Ueberweisung der Dormition an den Verein vom heiligen Lande. Die vom Professor Küster beklagte Thatsache, daß die Professoren der medizinischen Fakultät, die Praxis treiben, von der Gehaltserhöhung ausgeschlossen sind, erklärt Geheimrath Elster damit, daß die Einnahmen aus der Praxis als Nebeneinnahmen angesehen werden, die eine Gehaltserhöhung ausschließen. Nicht nur die Mediziner, sondern auch die Professoren anderer Fakultäten, die eine Praxis treiben oder Remunerationen beziehen, sollen in gleicher Weise getroffen werden. — Wie lange die Osterferien des Herrenhauses dauern, ist unbestimmt; wahrscheinlich tritt es erst im Mai wieder zusammen.

---

* Die **Unterrichtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses** hat am 21. Februar über eine **Petition** des Berliner Frauenvereins betreffend die **Zulassung der Frauen zum Universitätsbesuch und zu den Staatsprüfungen** berathen. Der Bericht der Kommission liegt nunmehr im Druck vor.

Danach wurde das Abgeordnetenhaus in der Petition ersucht, dahin wirken zu wollen, daß den Frauen, welche die vorschriftsmäßige Reifeprüfung abgelegt haben, der Besuch der preußischen Universitäten unter denselben Bedingungen gestattet werde wie den männlichen Abiturienten, und daß ihnen nach absolvirtem Studium die Zulassung zu den Staatsprüfungen gewährt werde.

In der Berathung der Kommission theilte der Geheime Oberregierungsrath Dr. Schmidt mit, daß die beim Reich schwebenden Verhandlungen wegen Zulassung von Frauen zu den medizinischen Prüfungen sowie zu den Prüfungen der Zahnärzte und Apotheker dem Abschlusse nahe gerückt seien. Bei den im Januar d. J. zwischen den Vertretern des Reiches und der betheiligten Bundesstaaten im Reichsamt des Innern gepflogenen Berathungen wegen Reform der medizinischen Prüfungen habe sich die überwiegende Mehrzahl dafür ausgesprochen, daß den Bewerberinnen, welche auf Grund des Gymnasialreifezeugnisses zwar nicht als immatrikulirte Studentinnen, aber als Hospitantinnen einen ordnungsmäßigen Studiengang zurückgelegt haben, vorbehaltlich der Erfüllung aller sonstigen für Männer bestehenden Erfordernisse die Zulassung nicht zu versagen sei. Nach den seitens des Staatssekretärs des

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Lesehalle" Nr. 13.